

Innenpolitik

*(9)

Jiang Zemin verschafft sich Respekt: Der Kampf gegen die Korruption fordert Opfer in Beijing

Dem seit 1993 in den Medien propagierten Kampf gegen die Korruption fehlte bisher der Biß. Spitzenfunktionäre aus Partei- und Staatsführungen und ihre in mehr oder weniger legalen Geschäften tätigen Familienmitglieder konnten sich immun gegenüber den Nachforschungen der Disziplinarorgane fühlen, solange sie nicht politisch bei übergeordneten Patronen und Parteiveteranen aneckten.

Dieses Sicherheitsgefühl könnte ihnen nun abhanden kommen. Der Ständige Ausschuß des Politbüros um Parteichef Jiang Zemin hat im April einen überraschenden Schlag gegen die Korruption im städtischen Parteiapparat Beijings geführt. Mindestens drei Spitzenfunktionäre - darunter der zum Politbüro gehörende Parteisekretär Beijings, Chen Xitong - wurden bisher von der Säuberungsaktion getroffen; weitere Spitzenkader scheinen gefährdet.

Korruptionsvorwürfe sind nicht der einzige Grund für die ungewöhnlich drastische, aber durchaus nicht unpopuläre Maßnahme: Chen Xitong hatte sich in der jüngsten Vergangenheit parteiintern kritisch gegenüber der Personalpolitik Jiang Zemins geäußert und sich damit nicht gerade beliebt gemacht. Er mußte seinen "Rücktritt" erklären, der vom Politbüro sofort akzeptiert wurde. Chen habe, so die offizielle Nachrichtenagentur Xinhua, eine "unabweisbare Verantwortung" für die Verfehlungen einiger prominenter Untergebener auf sich nehmen müssen.

Konflikte zwischen der nationalen Parteiführung und dem Parteiapparat der Hauptstadt hatte es bereits in der Vergangenheit gegeben: Solche Spannungen hatten etwa zu Beginn der "Kulturrevolution" Mitte der sechziger Jahre zu umfassenden Säuberungen des Zirkels um den damaligen Beijinger Bürgermeister Peng Zhen geführt. Es ist grundsätzlich riskant, unter den Augen der gesamten nationalen politischen Elite eine allzu eigenwillige Politik für die Stadt Beijing betreiben zu wollen.

Insgesamt sollen zur Zeit Ermittlungen wegen Korruptionsvorwürfen im Zusammenhang mit Baugenehmigungen und Immobiliengeschäften gegen bis zu dreißig hochrangige Funktionäre des Beijinger Partei-Establishments laufen. (ZM, 95/ 5, S.23-24; SCMP, 22.4.95) Im Mittelpunkt der Ermittlungen stehen mehrere Mitglieder der städtischen Führung und Personen aus ihrem beruflichen oder familiären Umfeld.

- Einen mysteriösen Auftakt nahmen die jüngsten Beijinger Korruptionsaffären mit dem Selbstmord Wang Baosens, des stellvertretenden Bürgermeisters und Vorsitzenden der städtischen Planungskommission. Bevor er sich das Leben nahm, war er von einer Untersuchungskommission wegen finanzieller Unregelmäßigkeiten in seiner Amtsführung verhört worden. Wang steht im Verdacht, sich im Rahmen mehrerer Großprojekte wie etwa dem "Oriental-Plaza"-Geschäftszentrum persönlich bereichert zu haben. (FAZ, 19.4.95)

- Auch der stellvertretende Bürgermeister Zhang Baifa soll in die Ermittlungen einbezogen worden sein, nachdem einer seiner Sekretäre im Rahmen einer Korruptionsuntersuchung festgenommen worden ist. (LHB, 4.5.95) Mehrere der engsten Mitarbeiter von Beijinger Spitzenfunktionären befinden sich inzwischen in Untersuchungshaft. (IHT, 10.4.95)

- Auch Familienangehörige von Spitzenfunktionären sind von den jüngsten Säuberungsmaßnahmen betroffen. Bereits im Februar war Zhou Beifang (Sohn des inzwischen zurückgetretenen Direktors des Beijinger Shougang-Konzerns, eines Vertrauten Deng Xiaopings) verhaftet worden. Ihm werden "Wirtschaftsverbrechen" im Zusammenhang mit Geschäften in Hongkong vorgeworfen. (Siehe C.a., 95/32, S.112)

- Nach Meldungen des *Economist* (6.5.95, S.60-61) soll auch der Sohn Chen Xitongs, der Direktor des Beijinger "New Century" Hotelkomplexes, im Zusammenhang mit ungeklärten Korruptionsvorwürfen festgenommen worden sein. Die Kinder von Spitzenkadern - die sogenannten "Kronprinzen" - sind, weil sie ihre familiären und politischen Verbindungen oft bedenkenlos für ihre geschäftliche Tätigkeit nutzen, besonders anfällig für Korruptionsvorwürfe.

Was bedeuten die Säuberungen für die politische Konstellation in der zentralen Parteiführung? KP-Generalsekretär Jiang Zemin ist bemüht, sich mit einer kontrollierten Anti-Korruptionskampagne Respekt in der Partei - besonders gegenüber den eigenwilligen regionalen Führungen - und ein besseres Image in der Bevölkerung zu verschaffen. Eine amtliche Nachrichtenagentur meldete in ungewöhnlich deutlicher Sprache, daß die Umbesetzungen im Städtischen Parteikomitee Beijings "demonstrieren, daß das zentrale Führungskollektiv mit Jiang Zemin als Kern stark und mächtig ist". (ZXS, 30.4.95, nach SWB, 2.5.95)

Darin, daß der Kampf gegen die Korruption mit größerem Nachdruck geführt werden müsse, sind sich die sieben Mitglieder des Ständigen Ausschusses des Politbüros und die zur Zeit noch aktiven Veteranenkader (am einflußreichsten sind in Personal- und Organisationsfragen Song Ping, Peng Zhen und Wan Li) offenbar einig. Besonders die Zusammenarbeit Jiang Zemins mit dem mächtigen Parlamentspräsidenten und früheren Sicherheitschef Qiao Shi scheint zur Zeit gut zu funktionieren. Auch Organisationschef Hu Jintao hat die Disziplinierungsmaßnahmen aktiv unterstützt. (ZM, 95/5, S.24; LHB, 5.5.95; FT, 4.5.95)

Allerdings soll die Anti-Korruptionskampagne nach den Vorstellungen der Parteispitze in keinem Falle aus dem Ruder laufen: Es dürfe keine ungehemmte "Massenbewegung" daraus werden; die Parteikomitees und -disziplinarorgane müßten die Kontrolle behalten; schmutzige Wäsche dürfe nur in einigen zur exemplarischen Abschreckung nützlichen Fällen in der Öffentlichkeit gewaschen werden; "feindliche Elemente" (d.h. politische Oppositionelle) in China und im Ausland dürften keine Gelegenheit bekommen, die Korruptionsbekämpfung für ihre politischen Zwecke einzuspinnen. (*Xinbao*, Hongkong, 5.5.95, nach SWB, 6.5.95)

Zum Nachfolger Chen Xitongs an der Beijinger Parteispitze wurde der Vorsitzende der Zentralen Disziplinarkommission, das Politbüro-Mitglied Wei Jianxing, ernannt. Wei ist zugleich auch Vorsitzender des Gesamtchinesischen Gewerkschaftsbundes, wird aber dieses Amt aufgrund der neuen Arbeitsbelastungen in Zukunft wohl kaum noch selbst wahrnehmen können.

Als Kopf der KP-Disziplinarorgane verfügt Wei Jianxing über umfangreiche Informationen und beträchtliche Erfahrung in der Ermittlung gegen Kaderkorruption. Ihm ist die Aufgabe zugeordnet, im Beijinger Parteiapparat Ordnung zu schaffen und ein Stück Vertrauen in der Bevölkerung der Hauptstadt zurückzugewinnen. Konzentrieren werden sich die Untersuchungen vermutlich auf Machenschaften im Zusammenhang mit Immobilienprojekten und ausländischen Investitionen in der Hauptstadt.

"Im Einklang mit Forderungen der zentralen Führung" hat auch Generalstaatsanwalt Zhang Siqing zu verstärkten Ermittlungen gegen korrupte Partei- und Verwaltungskader oberhalb der Kreisebene aufgerufen. Die Untersuchungen gegenüber Führungskräften in Staatsbetrieben und Gemeindeunternehmen würden ebenfalls vorangetrieben. Je tiefer die Ermittlungen gegen die Korruption reichten, desto komplizierter würde die Situation, desto härter würde der Kampf und desto mehr Schwierigkeiten würden sich die Staatsanwaltschaften gegenüber sehen. (Xinhua, 21.4.95) -hei-

*(10)

Eigenwilliger Provinzpartei- chef in Jiangxi abgesetzt - Ein Qinghua- Absolvent übernimmt den Posten

Der seit April 1988 in der Provinz Jiangxi amtierende Parteisekretär, Mao Zhiyong, ist von der Beijinger Parteizentrale nach Konsultationen mit der regionalen Führung abgesetzt worden. Mao Zhiyong hatte sich durch eine zögernde Haltung gegenüber wirtschaftlichen Umstrukturierungsmaßnahmen den Ruf erworben, einer der reformunwilligsten Provinzfürher in China zu sein. Der Provinzführung in Jiangxi war im Dezember außerdem Illoyalität gegenüber Weisungen der Beijinger Parteizentrale vorgeworfen worden. (Siehe C.a., 94/12, S.1189.) Nun ist der mächtigste Mann der Provinzführung abgelöst worden.

- Das Amt des Provinzpartei-
sekretärs übernimmt der aus Jiangxi selbst stammende Wu Guanzheng. Wu hatte seit Herbst 1986 als Provinzgouverneur (und wie üblich in dieser Position auch als stellvertretender Provinzpartei-
sekretär) fungiert, trat von diesem Regierungsamt nun aber zurück, um sich ausschließlich den Aufgaben als Parteisekretär widmen zu können.

- Zum neuen "amtierenden Gouverneur" wurde - nach Billigung durch den Ständigen Ausschuss des Provinz-Volkskongresses - Shu Shengyou ernannt. Shu stammt wie Wu Guanzheng aus Jiangxi und hatte seit 1991 als stellvertretender Provinzgouverneur gearbeitet. Shu bekannte sich in seiner Einführungsrede nachdrücklich dazu, den Weisungen der KP-Zentrale in Beijing folgen und die Autorität der Zentralregierung verteidigen zu wollen.

Das Revirement wurde offiziell als Routinevorgang dargestellt (Jiangxi Volksradio, 15.4./29.4.95, nach SWB, 18.4./3.5.95), was jedoch aufgrund des starken Engagements von Vertretern der Parteizentrale kaum glaubhaft erscheint. Die Umbesetzung wurde nämlich als Ergebnis einer Jiangxi-Inspektionstour des KP-Generalsekretärs Jiang Zemin durchgeführt, der sich intensiv um Personalangelegenheiten zu kümmern pflegt.

Überaus bemerkenswert ist die Tatsache, daß auch bei dieser Umbesetzung die graue Eminenz der chinesischen Personalpolitik, der Veteranenkader Song Ping (geb. 1917), die Finger im Spiel hatte. Song Ping war von 1987 bis 1990 Leiter der Organisationsabteilung der KPCh. Er gilt als einer der Köpfe der Seilschaft von Absolventen der Qinghua-Universität, die in den letzten Jahren zahlreiche einflußreiche Positionen in zentralen wie auch regionalen Führungsgremien übernommen haben.

Für die Organisationsarbeit der KPCh ist zur Zeit das Politbüro-Mitglied Hu Jintao, ein Qinghua-Absolvent und Protégé von Song Ping, verantwortlich. Auch der neue Parteichef der Provinz Jiangxi ist ein ehemaliger Qinghua-Student, der offensichtlich von Song Ping protegiert wird: Es ist gewiß kein Zufall, daß Song Ping sich im Vorfeld und zum Zeitpunkt des Revirements zu einer vierzehntägigen Inspektionsreise in Jiangxi aufhielt. (Xinhua, Nanchang, 17.4.95).

Während sich ein Großteil der journalistischen China-Beobachtung auf den Aufstieg einer in ihrem Zusammenhalt völlig überschätzten "Shanghai-Clique" fixiert, wird der Machtgewinn der Qinghua-Seilschaften bisher kaum ausreichend gewürdigt. Auch die Bedeutung Song Pings in diesen Manövern, der in der Personalpolitik der zur Zeit aktivste Parteiveteran ist, wird nur selten erkannt.

In allen ostasiatischen Staaten haben sich Verbindungen zwischen Absolventen führender Universitäten als bestimmende Faktoren für die Ausbildung politischer und gesellschaftlicher Eliten erwiesen. In der VR China scheint diese Rolle zunehmend der Beijinger Qinghua-Universität - und im militärischen Bereich der Nationalen Verteidigungsuniversität - zuzuwachsen. -hei-

*(11)

Parteiveteran Chen Yun verstorben

Chen Yun starb am 10. April 1995 nach langjähriger Krankheit im Alter von 89 Jahren im Beijing-Krankenhaus der Hauptstadt. Zum Frühlingsfest 1994 hatte er sich noch - wie auch Deng Xiaoping - in Shanghai aufgehalten. Mit seinem Tod hat sich nach dem Ableben von Li Xiannian 1992 und Wang Zhen 1993 die Zahl der "Acht Unsterblichen" der Partei auf fünf reduziert: Deng Xiaoping (90 Jahre), Peng Zhen (93), Song Renqiong (85), Yang Shangkun (87) und Bo Yibo (86).

Ein Teil der sterblichen Überreste Chen Yuns wurde am 17. April auf dem Heldenfriedhof Babaoshan in Beijing beige-
setzt, der andere Teil wird auf einem Friedhof in Shanghai die letzte Ruhe finden. Partei- und Staatsführung kondolierten der Witwe Yu Ruomu. Der Sohn Chen Yuan ist Vizegouverneur der Chinesischen Volksbank.

Der offizielle Nachruf verherrlicht Chen Yun als "großen proletarischen Revolutionär und Staatsmann, herausragenden Marxisten, einen der Pioniere und Begründer des sozialistischen Wirtschaftsaufbaus in China und als einen langerprobten, brillanten Partei- und Staatsführer".

Chen Yun stieg in den Jahren des Widerstandskriegs gegen Japan zum Wirtschaftsexperten der Partei auf und war in diesem Bereich nach Kriegsende in Nordostchina sehr erfolgreich. Weitere Meriten als Wirtschaftsfachmann erwarb er sich in der ersten Dekade der VR China. Er wird als "Meister der Readjustierung der Wirtschaft" gepriesen. Nach Gründung der Volksrepublik China bekleidete Chen Yun neben vielen anderen hohen Posten den eines stellvertretenden Ministerpräsidenten. Über 56 Jahre gehörte er dem Zentralkomitee an und über vier Jahrzehnte dem Politbüro. Ferner war er Erster Sekretär der Zentralen Disziplinarkontrollkommission. Auf dem XIII. Partei-

tag im November 1987 schied Chen Yun aus dem Politbüro, dessen Ständigem Ausschuß und aus dem ZK der KPCh aus und wurde dafür zum Vorsitzenden der einflußreichen Zentralen Beraterkommission gewählt. Dieses Amt hatte er bis zu deren Auflösung auf dem XIV. Parteitag im Oktober 1992 inne.

Chen Yun war der einflußreichste Parteiveteran nach Deng Xiaoping und dessen Gegenspieler im Bereich der Wirtschaftspolitik, stand er doch als Verfechter einer strikten Planwirtschaft Dengs Politik der Reform des chinesischen Wirtschaftssystems und der Hinwendung zum Kapitalismus äußerst skeptisch gegenüber. Einige Zeit konnte er mit anderen konservativen Kräften in der Partei eine bremsende Funktion auf die Wirtschaftsreformen ausüben, bis Deng Xiaoping mit seiner spektakulären Reise in den Süden des Landes Anfang 1992 wieder die Initiative ergriff, vor Linkstendenzen warnte und seiner ins Stagnieren geratenden Wirtschaftspolitik mit der Forderung nach schnellen Reformen und einem hohen Wirtschaftswachstum neue Impulse zu geben vermochte, wofür er in der Partei die Unterstützung erhielt. Wie Deng Xiaoping war Chen Yun jedoch auch ein Gegner politischer Reformen. Berühmt geworden ist seine "Vogelkäfig"-Theorie, die besagt, daß der kleine Vogel "Marktwirtschaft" sich nur im Käfig "Planwirtschaft" bewegen dürfe. Marktmechanismen sollten nur als Ergänzung zur sozialistischen geplanten Wirtschaft zugelassen werden. Zu Chen Yuns Zöglingen zählen der langjährige Planungschef und ehemalige stellvertretende Ministerpräsident Yao Yilin (er verstarb im Dezember 1994) und Ministerpräsident Li Peng. (RMRB, 12., 17.4.95; XNA, 12.4.95; Xinhua, 11. und 16.4.95, in SWB, 13. und 19.4.95)

Eine Kurzbiographie von Chen Yun findet sich im Thementeil dieses Heftes. -ljk-

*(12)

Fujians Behörden bereiten Direktverbindungen mit Taiwan vor

Aufgrund des politischen Konflikts zwischen Beijing und Taipei steht die Aufnahme direkter Transport-, Verkehrs- und Kommunikationsverbindungen zwischen Taiwan und dem Festland weiterhin aus. Die Regierung in Taipei will Direktverbindungen nur erlauben, wenn Taiwan von Beijing als gleichberechtig-

te politische Einheit anerkannt und nicht mehr als abtrünnige Provinz behandelt wird.

Obwohl die Wirtschaftsbeziehungen bisher über Hongkong abgewickelt werden müssen, profitiert die Taiwan gegenüberliegende Küstenprovinz Fujian schon heute massiv vom Engagement taiwanesischer Unternehmen: Knapp 3.400 Unternehmen mit taiwanesischer Beteiligung sollen in Fujian gegründet worden sein; die Investitionen belaufen sich auf insgesamt rund 5 Mrd. US\$; etwa 85% der damit errichteten Unternehmen erwirtschaften angeblich Profite. In der Provinz ist 1994 das BIP um 21,2% gewachsen. Die Inflationsrate lag bei rund 23%.

In Interviews machten Mitglieder der Provinzführung kürzlich deutlich, daß sie einen kräftigen Entwicklungssprung mit der in den nächsten Jahren möglichen Eröffnung direkter Verkehrsverbindungen zwischen dem Festland und Taiwan erwarten. Ungeachtet der gegenwärtigen politischen Spannungen und der ungeklärten Zukunft, trifft man in Fujian und insbesondere in der prosperierenden Küstenstadt und Sonderwirtschaftszone Xiamen schon heute intensive Vorbereitungen für den Fall der Fälle: Häfen und Flughäfen würden ausgebaut, die Telekommunikation modernisiert und spezielle Entwicklungszonen für Petrochemie, Maschinenbau und Elektroindustrie eingerichtet.

"Wir warten nur noch auf das Wort von den Regierungen [in Beijing und Taipei]", stellte der Direktor der Hafenbehörde Xiamen fest. Die Provinzführung vertritt die Auffassung, daß Xiamen möglichst rasch nach Aufnahme von Direktverbindungen zu Taiwan in der Lage sein müsse, einen Großteil der bisherigen Funktionen Hongkongs im Taiwan-Handel zu übernehmen. (*Wenhui Bao*, Shanghai, 31.3.95; IHT, 7.4.95) -hei-

*(13)

Kritik an Privilegierung der Sonderwirtschaftszonen gegenüber Inlandsregionen

Auf einer hochkarätig besetzten Schulungsveranstaltung der Zentralen Parteischule der KPCh hat einer der einflußreichsten Wirtschaftsberater der chinesischen Führung scharfe Kritik an der politischen Privilegierung der Sonderwirtschaftszonen geübt. (SCMP, 25.4.95)

Hu Angang, ein Absolvent der amerikanischen Yale-Universität, hat seit Ende 1993 mehrfach eindringlich vor den sozialen und politischen Folgen der regionalen Disparitäten innerhalb Chinas gewarnt. Bei den Bemühungen der letzten anderthalb Jahre, die Stellung der Zentralregierung gegenüber den regionalen Führungen zu stärken und das Steuersystem zu reformieren, hat Hu Angang eine wichtige beratende Funktion ausgeübt.

Hu gehört zu der Generation von jüngeren, im Ausland ausgebildeten Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlern, denen die Stärkung der Leistungs- und Problemlösungsfähigkeit staatlicher Institutionen ein zentrales Anliegen ist. Ihre Positionen kommen in vielerlei Hinsicht den Grundgedanken des "Neautoritarismus" nahe und finden in der politischen Führung, namentlich bei Jiang Zemin und Zhu Rongji, Gehör: Eine mit nahezu unbeschränkter Autorität ausgestattete, zentralisierte Führung sei für die rasche wirtschaftliche Modernisierung und die Stabilität der Gesellschaft in einer Phase des schnellen Umbruchs unabdingbar. Erfolgreiche ostasiatische Staaten wie Südkorea oder Singapur werden als Modell für eine solche Entwicklung angeführt.

Hu Angang forderte nun, die weitreichenden wirtschaftspolitischen Privilegien der Sonderwirtschaftszonen (SWZ) einzuschränken, um den im Entwicklungsprozeß zurückbleibenden Inlandsregionen größere Chancen im innerchinesischen Wettbewerb zu ermöglichen. Die SWZ hätten sich durch die Protektion von Teilen der zentralen Führung bereichern können. Demgegenüber seien die Inlandsregionen im Bereich der Steuer- und Investitionsförderungs politik diskriminiert worden.

Dies habe auch damit zu tun, daß die Inlandsregionen völlig unzureichend in zentralen Entscheidungsgremien wie dem Politbüro repräsentiert seien. Die Bevorzugung der SWZ habe zu Verzerrungen im interregionalen Wettbewerb und zur Korruptionsentwicklung beigetragen. Wenn die Einkommens- und Entwicklungsdisparitäten im Verhältnis zwischen SWZ und Küstenregionen einerseits sowie Inlandsregionen andererseits nicht vermindert würden, sei die gesellschaftliche Stabilität in der Ära nach Deng Xiaoping nicht aufrechtzuerhalten.

Die Rede Hu Angangs in der Zentralen Parteischule soll bei den anwesenden Vertretern der Inlandsregionen auf

stärkste Resonanz gestoßen sein. Hingegen sollen die Führungen der SWZ in Shenzhen, Zhuhai, Shantou, Xiamen und Hainan mit Bestürzung auf die massiven Attacken reagiert haben.

Hus Äußerungen sind jedoch keineswegs das Produkt eines wagemutigen Alleingangs. In der chinesischen Führung mehrten sich die Stimmen, die immer nachdrücklicher eine Politik der gezielten Förderung der Inlandsregionen befürworten. Im Februar hat der Staatsrat ein Programm zur verbesserten Kooperation zwischen ost- und westchinesischen Provinzen bei der Entwicklung der ländlichen Industrie verabschiedet; mehrere Führungsmitglieder haben sich für konkrete Schritte zur Umsetzung stark gemacht. (Vgl. Xinhua, 22.4.1995.)

Es scheint, daß die SWZ und die Küstenregionen sich nach dem politischen Ausscheiden Deng Xiaopings der Protektion durch die Beijinger Führung nicht mehr so sicher sein können wie in den letzten Jahren. Das politische Gewicht der Inlandsregionen könnte im Zusammenhang mit der Machtkonsolidierung der Führung um Jiang Zemin, die um breite Unterstützung in den Regionen wirbt, zunehmen. -hei-

* (14)

Offizielle Kritik an den "Privatkabinetten" lokaler Parteisekretäre

Auf den verschiedenen Ebenen des politischen Systems der VR China sind die Parteisekretäre in der Regel die mächtigsten Figuren. So kommt es häufig dazu, daß sie massiven Einfluß auf die Personalpolitik für andere wichtige Führungspositionen in ihrem Amtsbereich nehmen: Die Zusammensetzung des jeweiligen Parteikomitees, der Regierungsorgane wie auch der Führung von Volkskongressen und anderen wichtigen Institutionen wird in der Regel wesentlich von den Präferenzen des mächtigsten Mannes geprägt. Parteisekretäre können sich so häufig ein ihnen genehmes "Kabinett" zusammenstellen (*shuji zuge*).

Die *Volkzeitung* hat nun diese verbreitete Praxis scharf kritisiert (RMRB, 4.4.95) und auf gesetzliche und innerparteiliche Bestimmungen hingewiesen, die eine selbstherrliche Personalrekrutierung verbieten und eine den Prinzipien des "Demokratischen Zentralismus" entsprechende Personalauswahl vorschreiben. Der offizielle Kommentar

weist allerdings auf Widerstände unter einem Teil der Parteisekretäre gegenüber den offiziell erwünschten "demokratischen" Konsultationen hin: Manche seien der Auffassung, daß die "Autorität der Parteisekretäre" und die "Einheit der Führungsgremien" durch eine personalpolitische Prärogative des Parteisekretärs erheblich verbessert würde; ansonsten habe man ständig mit widersprüchlichen Meinungen oder gar offenen internen Konflikten in den Führungsgremien zu kämpfen und könne keine unterschiedene, wirkungsvolle Politik mehr betreiben.

Der Kommentar verwirft diese Auffassung als "einseitig und schädlich", denn eine übermäßige Machtkonzentration in den Händen der Parteisekretäre verleite zu vielerlei Mißbräuchen. Die Autorität der Parteisekretäre müsse sich auf Kompetenz, Leistung und Integrität gründen - nicht auf eine "patriarchalische Herrschaft" (*jiazhangzhi*). -hei-

* (15)

Guangdongs Provinzregierung ruft zum "Volkskrieg gegen Drogen" auf

Der Gouverneur der Provinz Guangdong, Zhu Senlin, hat über den regionalen Radiosender ein massives Vorgehen von Sicherheitskräften und Justiz gegen Drogenhandel und Drogenkonsum in der prosperierenden Provinz angekündigt. Einige internationale Drogensyndikate hätten die Öffnungspolitik dazu genutzt, Guangdong zu ihrer Operationsbasis im Schmuggel und Handel von Drogen zu machen und sich mit innerchinesischen Kriminellen zusammengetan.

Der Drogenkonsum in der Provinz habe sich in den letzten Jahren nahezu ungehemmt verbreitet. Früher sei diese Erscheinung auf einige wenige Orte vornehmlich im Perflußdelta beschränkt gewesen. Heute aber würden selbst abgelegene Teile der Provinz davon erfaßt. Jugendliche und sogar eine kleine Zahl von Grundschulern seien den Drogen verfallen. Der Drogenkonsum habe sich in der Gesellschaft verbreitet wie eine Seuche. Für Familien und die Gesellschaft sei dies außerordentlich schädlich. Kriminalität und Prostitution würden durch die Drogensucht angeheizt.

Deshalb hätten das Provinzpartei-Komitee der KPCh und die Provinzregierung beschlossen, in den kommenden Monaten massiv gegen diese negativen Er-

scheinungen vorzugehen. Es gehe um nichts weniger als um einen "Volkskrieg gegen Drogen". Partei- und Staatsorgane aller Ebenen müßten den Kampf gegen Drogenhandel und -konsum als Aufgabe von höchster Priorität behandeln. Eltern trügen eine besondere Verantwortung dafür, den Drogenmißbrauch ihrer Kinder den Behörden zu melden. Suchtprävention und Entziehungsmaßnahmen müßten verbessert werden. Drogenabhängige seien dazu verpflichtet, sich bei der Polizei registrieren zu lassen und an Entziehungskuren teilzunehmen. Der Kampf gegen Drogen sei eine Angelegenheit von nationaler Bedeutung.

Die Provinzmedien meldeten, daß seit Anfang März bereits rund fünftausend Drogenhändler gefaßt worden seien, darunter auch viele Mitglieder organisierter Dealerbanden. Darüber hinaus seien auch einige Labors zur Aufbereitung bestimmter Drogen aufgespürt und zerstört worden. (Volksradio Guangdong, 26./27.4.95, nach SWB, 29.4.95)

In den letzten Jahren haben offizielle Meldungen über Drogenhandel und Drogenkonsum in Süd-/Südwestchina stark zugenommen. Ende 1993 sollen in China etwa 200.000 Drogensüchtige registriert gewesen sein. Die Dunkelziffer liegt noch wesentlich höher. Der dramatische Aufruf Zhu Senlins weist darauf hin, daß Drogensucht und die damit verbundene Kriminalität in den Augen der Guangdonger Behörden ein bedrohliches Ausmaß angenommen haben.

Da der wachsende Drogenkonsum einerseits eine Folge sozialer Verwerfungen (die Menschen werden nicht mehr fertig mit der Geschwindigkeit des Wandels; traditionelle wie auch sozialistische Moralvorstellungen verfallen; mangelnder Halt in der Familie und im sozialen Umfeld), andererseits aber auch ein Wohlstandsphänomen zu sein scheint, ist es zweifelhaft, ob man dem Problem mit Kampagnen und Polizeiaktionen allein beikommen wird. -hei-

* (16)

Auflösungserscheinungen im Kommunistischen Jugendverband

Einem internen Bericht des Zentralkomitees des Kommunistischen Jugendverbandes (KJV, die Nachwuchsorganisation der Kommunistischen Partei) zufolge zeigen sich in den Organisatio-

nen des Verbandes besonders in ländlichen Gebieten des Inlandes deutliche Auflösungserscheinungen. In vielen Dörfern, Behörden, Unternehmen und Schulen bestünde der Kommunistische Jugendverband nur noch dem Namen nach (*mingcun shiwang*).

Die Ursachen für diesen Verfall seien vielfältig: Parteiorgane kümmerten sich nicht intensiv genug um die Nachwuchsarbeit; unter den Bedingungen der Reform- und Öffnungspolitik seien viele der früheren Funktionen des KJV (etwa Bereitstellung von Aktivisten in der Mobilisierung zu Massenkampagnen) verloren gegangen; die Motivation von Mitgliedern und Kadern sei allgemein gesunken. (DX, 95/4, S.23)

Bei vielen der offiziell 56 Mio. KJV-Mitglieder (1993) handelt es sich allem Anschein nach um "Karteileichen". Im November 1994 hatte eine Plenartagung des KJV-Zentralkomitees einen Beschluß zur organisatorischen Stärkung des KJV gefaßt. Darin war auf gelähmte Basisorganisationen in ländlichen und armen Inlandsregionen hingewiesen worden sowie auf die Notwendigkeit, die KJV-Organisationen besonders innerhalb der Privat- und Kollektivbetriebe zu beleben. (Xinhua, 25.11.94) -hei-

*(17)

Bewaffnete, überregionale Untergrundorganisation zerschlagen

Nach Meldungen der Hongkonger Zeitschrift *Trends* (DX, 95/4, S.15-16) haben chinesische Sicherheitskräfte im Februar dieses Jahres eine antikommunistische Untergrundorganisation namens "Demokratische Allianz - Front für die Gründung eines neuen China" zerschlagen.

Die Organisation soll im September 1993 in der nordchinesischen Küstenmetropole Dalian gegründet worden. Daher benutzten die Mitglieder auch die Kurzbezeichnung "Front des Septembers 1993" (*jiusan jiu zhenxian*). Im Herbst 1994 soll die Gruppe ihr Hauptquartier in den Kreis Pinggu (zum Beijinger Stadtgebiet gehörig) verlegt haben. Organisatorische Zellen existierten in Dalian, Xi'an, Shenzhen, Guangzhou, Jinan, Fuzhou und Kunming.

Der harte Kern der Untergrundvereinigung soll aus über vierzig Personen bestanden haben. Darunter befanden sich auch unzufriedene Kader und demobilisierte Soldaten. Ein Teil der Mit-

glieder bestand aus Angehörigen von während der Protestbewegung 1989 umgekommenen Demonstranten. Andere verstanden sich als Opfer früherer politischer Verfolgungen unter dem kommunistischen Regime. Die Gruppe hortete offenbar ein beachtliches Arsenal verschiedenartiger Waffen und konnte auf regelmäßige finanzielle Zuwendungen zurückgreifen, die auch aus dem Ausland gekommen sein sollen.

Erklärtes Ziel der Gruppe war es, ein "freies, demokratisches, geeintes, neues China ohne Privilegien, Ausbeutung und Unterdrückung" zu gründen. Gewaltlose aber auch "notwendige" gewaltsame Aktionen wurden mit dem Ziel geplant, die Kommunistische Partei zu stürzen. Zum Teil traf man sich mit Sympathisanten unter dem Deckmantel kultureller, touristischer oder auch archäologischer Hobbygruppen.

Das Ministerium für Öffentliche Sicherheit (MfÖS) wurde offenbar schon frühzeitig auf die Untergrundorganisation aufmerksam und gründete eine Sonderuntersuchungsgruppe, um das überregionale Netzwerk der Organisation aufzudecken und mit einem Schlag zu zerstören. Erfahrene Sicherheitsfachleute wurden zu diesem Zwecke zusammengezogen. Zwei V-Männer konnten erfolgreich in die Organisation eingeschleust werden (beide sind später wegen ihrer Verdienste ausgezeichnet worden). Ende Februar dieses Jahres gingen nach sorgfältiger Vorbereitung in mehreren Städten gleichzeitig Einheiten des MfÖS und der Bewaffneten Volkspolizei gegen den harten Kern der Untergrundorganisation vor und verhafteten die wichtigsten Aktivisten.

Der Hongkonger Zeitschrift zufolge fällt ein Sonderstrafgericht in einem nicht-öffentlichen Verfahren schon wenige Wochen nach der Verhaftung die Urteile über die mehr als vierzig Haupttäter: 15 wurden zum Tode verurteilt, die anderen zu Freiheitsstrafen zwischen zehn und zwanzig Jahren. Keines dieser Urteile drang bisher an die Öffentlichkeit.

Meldungen über terroristische Gruppierungen sind seit den achtziger Jahren immer wieder ins Ausland gelangt. Bisher allerdings hatte es sich meist um lokale Geheimbünde gehandelt, die sich an örtlichen Kadern wegen deren Repressalien oder Amtsmissbräuchen rächen wollten. Die "Front des Septembers 1993" dagegen stellt durch ihren überregionalen Charakter einen Aus-

nahmefall dar und wurde dementsprechend vom Sicherheitsapparat mit besonders großem Aufwand verfolgt, obwohl die Gruppe offenbar noch keine terroristischen Aktionen durchgeführt hatte. -hei-

Kultur und Gesellschaft

*(18)

Hochschulreform

In diesem Jahr schreitet die Hochschulreform hinsichtlich der Studienplatzvergabe und der Arbeitsplatzzuteilung der Absolventen weiter voran (vgl. dazu C.a., 1994/2, Ü 15 u. 1994/4, Ü 14). Mit der Reform wird das Ziel verfolgt, daß bis zum Jahr 1997 die meisten Hochschulen Chinas ein zweigleisiges System der Zulassung praktizieren, d.h. ein Mischsystem, in dem die Hochschulen einerseits einen bestimmten Anteil von Studenten nach dem staatlichen Plan und entsprechend mit staatlicher Finanzierung aufnehmen und andererseits Selbstzahler aufnehmen, die sie selbst auswählen können. Bis zum Jahr 2000 sollen alle Studenten in der Regel ihr Studium selbst finanzieren und sich nach dem Studium auch selbst eine Stellung suchen (vgl. GMRB, XNA, 8.4.95). Während das neue System im vergangenen Jahr erst an rund vierzig Hochschulen eingeführt war, ist es in diesem Jahr auf gut hundert Hochschulen ausgedehnt worden.

Der Staat kann das Hochschulstudium aufgrund der Haushaltslage nicht mehr allein finanzieren; deshalb wurde im vergangenen Jahr mit der Reform begonnen. Diese bringt dem Staat jedoch nicht nur Vorteile, denn zum einen verliert er sein Monopol über die Vergabe der Studienplätze, zum anderen muß er befürchten, daß die Hochschulen bei der Auswahl der Studenten andere Kriterien anwenden als der Staat, also im wesentlichen ihre Studenten nach finanziellen Gesichtspunkten auswählen. Dies birgt zweierlei Gefahren, nämlich Niveauperlust und Nachwuchsprobleme in Mangelfächern. Beide sind darauf zurückzuführen, daß die Hochschulen in erster Linie Studenten betuchter Eltern aufnehmen oder solche, denen das Studium von finanzkräftigen Firmen und sonstigen Organisationen bezahlt wird. Wenn außer den Studiengebühren auch noch Spenden fließen, wird an